

**Von:** no2nato-de-request@lists.riseup.net [mailto:no2nato-de-request@lists.riseup.net]

BITTE WEITERLEITEN!

## **Stoppt den Genozid in Gaza!**

### **Erklärung des Bundesarbeitskreises Gerechter Frieden in Nahost der Partei DIE LINKE**

Wir klagen an. Die palästinensische Bevölkerung erleidet einen Völkermord. Israel vernichtet Gaza und seine Bevölkerung. Mehr als 40.000 Palästinenser und Palästinenserinnen wurden durch das israelische Militär getötet. In Gaza starben seit Oktober 2023 mehr Kinder als in allen weltweiten Konflikten von 2019 bis 2022. Fast alle Menschen wurden aus ihren Wohnorten vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht. Die Städte sind zu unbewohnbaren Trümmerwüsten zerstört. Mehr als eine Million Menschen leiden an schwerem Hunger, der gezielt als Mittel der Kriegsführung eingesetzt wird. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Medizin wird systematisch unterbrochen. Die spärlichen Hilfslieferungen zu Lande, aus der Luft oder von der See erreichen nicht entfernt den notwendigen Umfang, wie er vom Internationalen Gerichtshof und der UNO gefordert wird.

Die zahllosen rassistischen und an die faschistische Sprache erinnernden Drohungen aus Politik und Armee zielen auf die Zerstörung der palästinensischen Nation und die endgültige Vertreibung, die 1948 mit der Nakba begonnen wurde.

Trotz dieser offensichtlichen Kriegsverbrechen ist die Bundesregierung nicht bereit, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und ihre Waffenhilfe einzustellen. Weder die Aufrufe der UNO noch die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs, alles zu unternehmen, um einen Völkermord zu verhindern, haben die Bundesregierung bisher bewogen, ihre Politik zu ändern. An ihr wird der Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord haften bleiben.

Ungeachtet aller Proteste hält Israel an seiner geplanten Offensive gegen Rafah fest, die auch diese Stadt in Schutt und Asche legen wird, um sie unbewohnbar zu machen. Widerstand ist daher gerechtfertigt. Wir wissen, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Waffenlieferungen an Israel und die Kriegstreiberei der Regierung ablehnt. Trotz Lügen, Diffamierung und Hetze wird mehr und mehr Menschen bewusst, dass die Politik der deutschen Regierung zum Völkermord und zur Vertreibung von Millionen Menschen führt. Wir wenden uns an diese Menschen, protestieren wir gemeinsam gegen diesen Verfall der politischen Moral, damit der Genozid gestoppt wird. Wir fordern von der Bundesregierung

- Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Israel
- Anerkennung Palästinas in klar definierten Grenzen
- sich einzusetzen für
  - einen sofortigen Waffenstillstand,
  - für ein sofortiges Ende der Gaza-Blockade und freien Zugang für jegliche Hilfe
  - Freilassung der Geiseln und der palästinensischen Inhaftierten. Heute hält der israelische Staat weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter viele Minderjährige gefangen und verstößt damit gegen internationales Recht und Kriegsrecht.
  - ein Ende der israelischen Besatzung von Ostjerusalem, Westbank und Gazastreifen!
- Schluss mit der Kriminalisierung und Repressionen der Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland. Sofortiger Stopp jeder Kriminalisierung palästinensischer Organisationen und Individuen sowie aller Abschiebungen.

Wir rufen alle Bundestagsabgeordnete, Politiker und Politikerinnen, Parteien, Gewerkschaften und Vereine auf, diese Forderungen zu unterstützen. Denn wir, palästinensische und jüdische, deutsche und internationale Stimmen wissen: Frieden kann es nur auf Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit geben, nur wenn die Unterdrückung der Palästinenser und Palästinenserinnen voll und ganz beendet ist.

30. April 2024 Gabi Bieberstein